



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 3. Mai 2023
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:02 Uhr

Ende: 19:56 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 09/23, 10/23)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Prof. Dr. Hafezi vertreten durch Stv. Kisseler, anwesend ab Tagesordnungspunkt 2/I

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0042 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung folgender Änderung zugestimmt:

Der folgende Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der AfD-Fraktion von der Tagesordnung II umgesetzt auf Tagesordnung I:

15/II Awareness-Team in Wiesbaden (23-V-51-0022)

Der umgesetzte Punkt wird vor Punkt 6/I aufgerufen.

Zum Tagesordnungspunkt 4/I liegt ein Ersetzungsantrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vor.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0043 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 08.03.2023

Einstimmig **genehmigt**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0044 Vorstellung der Krankenversicherungsclearingstelle (KVC) durch das Diakonische Werk Wiesbaden

Protokollnotiz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Macher und Herr Kaptelli vom Diakonischen Werk Wiesbaden anwesend.

Seit Dezember 2020 wurde eine niedrigschwellige Krankenversicherungsclearingstelle bei der Teestube der Diakonie im Rahmen der humanitären Sprechstunde eingerichtet. Finanziert wird das Projekt durch das Amt für Zuwanderung und Integration.

Frau Macher präsentiert den Ausschussmitgliedern ihre Arbeit mit Personen, die nicht oder nicht ausreichend krankenversichert sind mit dem Ziel, diese in das Gesundheits-/Regelsystem zu integrieren. Verschiedene aufbereitete Statistiken lassen die Vermittlungserfolge erkennen.

Im Anschluss an die Präsentation erfolgt ein Austausch über die Themen, wie u. a. Mitaufnahme der Altersarmut bei Frauen in die Statistik, Möglichkeiten des Schuldenumgangs, Verweigerung der Wiederaufnahme von Personen seitens der Krankenkassen, Vernetzung mit anderen Clearingstellen und Korrespondenz mit dem Pflegestützpunkt und Fragen zur Finanzierung.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0045 23-F-69-0022

Finanzielle Wohnraumförderung
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -

Einstimmig **angenommen**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0046 23-F-16-0007

Mietspiegel
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Ersetzungsantrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vor (s. BP 0068).

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass die Stadt keinen qualifizierten Mietspiegel erstellen lässt, sondern mit den vom Mieterbund und Haus & Grund gesammelten Daten arbeitet.

Die Zuständigkeit liegt hier bei der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses beim Tiefbau- und Vermessungsamt.

Ein Überblick über den aktuellen Trend der Mieten in Wiesbaden müsse in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und Stadtforschung erarbeitet werden. Aufgrund der Kostenintensität habe man hier bei der vorläufigen Haushaltsführung wenig Spielraum, eine solche Datenabfrage zu tätigen.

Beschlusspunkt 1 ist durch Aussprache **erledigt**

Beschlusspunkt 2 wird von der antragstellenden Fraktion **zurückgezogen**

0068 23-F-63-0073

Mietspiegel
- Ersetzungsantrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 03.05.2023 zu 23-F-16-0007 -

Protokollnotiz:

Stv. Wagenbach spricht sich dafür aus, die Anträge auf die nächste Sitzung vor der Sommerpause zu verschieben und zu dem Sitzungstermin Vertretungen des Gutachterausschusses, Amt für Statistik und Stadtforschung sowie vom Mieterbund und Haus & Grund e. V. einzuladen, um zu den Anträgen entsprechend zu berichten.

Stv. Ruf entgegnet, dass der Ausschuss den Antrag beschließen sollte, um eine Kosteneinschätzung zu erhalten, die evtl. in den anstehenden Haushaltsplanberatungen zugesetzt werden könnten.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Verwaltung soll ein Vorschlag unterbreiten, der für sie auch umsetzbar und finanzierbar erscheint.

Nach Vorlage des Berichts können die Ausschussmitglieder erneut mit den im Antrag genannten Akteuren über die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels diskutieren

Stv. Wagenbach beantragt den Beschlusspunkt 1 wie folgt zu ergänzen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine Kostenschätzung für die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für die Landeshauptstadt Wiesbaden, in Zusammenarbeit mit dem Wiesbadener Mieterbund *und Haus & Grund Wiesbaden e. V.*, dem Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie bis zu den Haushaltsberatungen vorzulegen.

in geänderter Fassung bei Enthaltung von FDP, AfD und FW/Pro Auto angenommen

0047 23-F-63-0059

Mangel an Tagesmüttern und -vätern in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 26.04.2023 -

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass in der Strukturreform von 2018 auch die Kindertagespflege und die Kinderentgelte enthalten waren.

Die Entgeltgruppe S4 des TVöD SuE wurde in diesem Zuge angeglichen, jedoch seit 2018 nicht erhöht. Ohne diese Angleichung gerieten die Löhne, auch besonders vor dem Hintergrund der Inflation seit 2022, in eine Schieflage.

Um dem Zustand entgegenzuwirken, stand die Stadt vermehrt mit den betroffenen Betreuungskräften in Austausch und konnte im letzten, sowie Anfang dieses Jahres mit der Auszahlung von Energiepauschalen einen anteiligen Ausgleich vornehmen.

Um Strukturen zu schaffen, die die weiter drohende Abwanderung von Kindertagespflegepersonen und damit den Verlust von Betreuungsplätzen stoppen und das Modell Kinderbrücke stärken, sind nun zwei Sitzungsvorlagen geplant:

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 3. Mai 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Einmalzahlung (Auszahlung vom 780.000 € im Oktober)
- Satzungsänderung zum 01.01.2024 (umfasst die dauerhafte Dynamisierung der EG S4 TVöD SuE von 2018 auf 2023, Erhöhung 140 € pro Kind, Pauschalen für am Kind orientierte Sachkosten i. H. v. 20 €, Einführung einer Verwaltungskostenpauschale i. H. v. 75 €, zwei Fortbildungstage, Übernahme Unfallversicherung, Zahlung von 50% der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge, Einführung von Erfahrungsstufen 1 bis 3)

Frau Christ von der Regionalgruppe Wiesbaden der Berufsvereinigung der Kindertagespflegepersonen ist zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Sie berichtet von ihrem Alltag und Herausforderungen bei der Ausübung der Kindertagespflege, bspw. steuerliche Einstufung als Selbständige, hoher administrativer Aufwand, Vor- und Nachbereitung, Eltern- und Entwicklungsgespräche, Fort- und Weiterbildungen müssen in der Freizeit vorgesehen werden, Angleichung der Öffnungszeiten an Kitas.

durch Aussprache **erledigt** (einstimmig)

0048 23-A-79-0002

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Protokollnotiz:

Der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde vom Regierungspräsidium Darmstadt im ersten Quartal des Jahres 2023 41 Personen zugewiesen, im zweiten Quartal 43 Personen, die unterzubringen sind. Aktuell bleiben die Zuweisungen auf diesem Niveau.

Im Bereich der Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete werden weiterhin Liegenschaften akquiriert.

Im Sommer 2024 wird die Stadt 660 Plätze in Kastel Housing verlieren, da die dortigen Wohngebäude niedergerissen werden. Es verbleiben 150 Plätze.

Ebenso werden in 500 Plätze in der öffentlich bekannten Unterbringung in der Hans-Bredow-Straße um Ostern 2024 zurückgegeben. Die Liegenschaft soll als Ausweichstandort für die Helene-Lange-Schule dienen. Man sei wegen der Planung in engem Austausch mit dem Schulamt.

Das Hauptgeschäft des Dezernates konzentriert sich auf die Schaffung von kleineren, möglichst dezentralen Unterkünften.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Belegung von Turnhallen, Bürgerhäusern oder Traglufthallen sei nicht geplant, können jedoch bei hohem Bedarf für einen kürzeren Zeitraum von ein oder zwei Quartalen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Ferner sei im Hinblick auf das Thema der Fachkräftegewinnung im Bereich der mittelfristigen Integration, Kita- und Betreuungsplätze weiterhin schwierig. Die Stadt werde jedoch in diesem Rahmen ihren gesetzlichen Auftrag stets erfüllen.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0049 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet zu der Haushaltslage für 2024/2025.

Das Dezernat VI kalkuliert mit einer Finanzierungslücke von rund 38 Mio. Euro pro Jahr für alle bestehenden Leistungen. Hierin seien jedoch noch nicht alle Dynamiken miteingerechnet, die im sozialen Leistungsbereich absehbar sind, sowie der Tarifabschluss, der letztlich an die freien Träger weitergegeben wird.

Berechnet man diese Entwicklungen mit ein, so läge die Finanzierungslücke bei ca. 40 bis 50 Mio. Euro.

Der Etat des Dezernats VI gliedert sich in vier Bereiche:

1. 28%: Individueller Existenzanspruch mit Antragsrecht und Festlegung der Leistungshöhe (bspw. SGB II, AsylbLG); keine Einsparungen möglich
2. 50%: Individueller Rechtsanspruch ohne Festlegung der Leistungshöhe (bspw. Erziehungshilfen, Ausbildungen bei der WJW über das SGB VIII); Einflussnahme an einzelnen Stellen zur Einsparung möglich
3. 17%: Gesetzliche Aufträge; Dezernat entscheidet selbständig über Dimension des Angebots (Anzahl Beratungsstellen, Anzahl Einsatz von freien Trägern in einem Stadtteil)
4. 5%: freiwillige Leistungen ohne Rechtsanspruch (bspw. Ferienprogramm, Wiesbaden engagiert, Digitalisierung)

Im Vergleich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Ansprüchen prognostiziert Stadtrat Manjura erhebliche Einschnitte im Angebot der letzten beiden o. g. Bereiche. Dies bedeute z. B. das Schließen von Jugendzentren oder Abstriche in der Schulsozialarbeit.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadtrat Manjura thematisiert weiterhin die Kostenfaktoren in der Hilfe zur Pflege wegen steigenden Pflegeentgelten, und in der Eingliederungshilfe.

Das Dezernat wird nach der Präsentation der Zahlen in der Kämmerei am 04.05. zeitnah alle Partner über die Lage informieren.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0050 **Verschiedenes**

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura informiert den Ausschuss über die aktuelle Lage an der IGS Rheingauviertel. Die Schule habe aufgrund des Fettabscheiders immer noch keinen neuen Caterer. Derzeit sei dort ein sog. Full-Service (Belieferung und Abholung von Essen und Besteck) eingesetzt. Man stehe in engem Austausch mit der Schulleitung.

Frau Leß (AL 51) berichtet ferner, dass das Amt aktuell in der Überprüfung der Fortführung des Behindertenfahrdienstes sei.

Der Fahrdienst ermöglicht behinderten und beeinträchtigten Personen die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Aktuell werden 3184 Fahrten verzeichnet.

Der 5-jahres-Vertrag wurde 2019 geschlossen und läuft Ende 2023 ohne Verlängerungsoption aus. Administriert wird dies im Amt für Soziale Arbeit.

Eine Überprüfung der Fortführung der Leistung erfolgt zum einen, da nach Auslaufen des Vertrages die Leistung laut der Vergabestelle neu ausgeschrieben werden muss. Zum anderen legt das Bundesteilhabegesetz nun einen individuellen Rechtsanspruch für Leistungen zur Mobilität fest (hierunter fallen bspw. die entsprechende Ertüchtigung des eigenen Fahrzeuges oder die Inanspruchnahme bestimmter Fahrten).

Durch den individuellen Rechtsanspruch falle nun der Zuschusszweck der bislang eigentlich freiwilligen Leistung weg. Man sei hier in enger Abstimmung mit dem DRK, wo man auf eine langjährige gute Zusammenarbeit zurückschaut.

Weiterhin steht die Frage der eigentlichen Kostenträgerschaft durch den LWV im Raum.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0051 22-V-51-0050

Handlungsprogramm Jugend - Umsetzung des Beteiligungskonzeptes für Jugendliche

Einstimmig

0052 23-F-22-0005

Schulcatering - Preissteigerungen und Einhaltung von Qualitätsstandards
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 18. Januar 2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 09.03.2023 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0053 23-F-55-0001

Regeln für Politikerinnen und Politiker aus dem Ausland während einer Wahlkampfphase
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.01.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 23.02.2023 -

gegen AfD **zur Kenntnis genommen**

0054 23-F-63-0006

Gewalt gegen ältere Menschen in stationärer und teilstationärer Pflege
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 06.03.2023 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0055 23-F-63-0007

Sachstandsbericht zum Beitritt WHO Netzwerk „Age-friendly City“
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 28.03.2023 -

gegen AfD zur Kenntnis genommen

0056 23-F-63-0008

Caterer an Wiesbadener Schulen
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 18.01.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 15.03.2023 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0057 23-F-69-0002

Schließung eines Caterers für die Mittagsverpflegung in Wiesbadener Schulen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 06.03.2023 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0058 23-F-69-0021

Trotz Arbeitnehmermarkt hohe Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -
- Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023 (BP 0028) -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0059 23-V-10-0005

Jahresbericht 2022 des Seniorenbeirates in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Einstimmig

0060 23-V-51-0001

Neubau Stadtteilzentrum Schelmengraben - Mehrkosten während der Bauphase

Enthaltung FW/Pro Auto

0061 23-V-51-0004

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Anmietung von Räumlichkeiten in der Wiesbadener Straße 64-66 für den Betrieb der AWO Krippe Kastel

Einstimmig

0062 23-V-51-0006

Zukunft Grundschulkinderbetreuung und Rechtsanspruch

Einstimmig

0063 23-V-51-0015

Evaluationsbericht und Personalbedarf der Abteilung Eingliederungshilfe und Teilhabe

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0064 23-V-51-0020

Nachwahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (JHA)

Einstimmig

0065 23-V-51-0022

Awareness-Team in Wiesbaden

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der AfD-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt und vor Punkt 6/I beraten.

Protokollnotiz:

Stv. Giesa fragt, ob eine Evaluation zur Einsetzung eines Awareness-Teams angedacht sei.

Stadtrat Manjura berichtet, dass sich das Projekt nun bereits im zweiten Sommer befinde. Letztes Jahr wurde dies aus Restmitteln finanziert, nun zielt die Sitzungsvorlage auf die künftige Finanzierung im Haushalt ab.

Bevor dies von den Stadtverordneten Ende 2023 entschieden werden soll, bietet Stadtrat Manjura an, dass für eine Evaluation vorher gerne ein Zwischenbericht erstattet werden oder die Geschäftsführung von Moja e. V. in den Ausschuss eingeladen werden kann.

Einstimmig

0066 23-V-67-0002

Kinderspielplatz Hohenloheplatz

Einstimmig

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie am 3. Mai 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0067 23-V-86-0001

Kostenloser Schwimmbadeintritt für Kinder und Jugendliche

gegen AfD, Enthaltung FW/Pro Auto

Anlagen

Wiesbaden, .05.2023

Vorsitzender

Schriftführerin

Rutten

Wenzel